

Berlin, Dienstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:

vierteljährl. für Berlin 7 M. 50 Pf.
ohne Botenlohn, für ganz Deutsch-
land und Oesterreich 9 M.

für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband-
Sendung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
für Frankreich bei Ag. Kamm in
Straßburg i. E.,

für England bei Aug. Siegle in London,
30 Rime Street E. C., sowie in
London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Verdingungs-Anzeiger.

Hötel- und Wäber-Anzeiger.

Vollständige Ziehungslisten

der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen

mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarisch

Uebersichten.

Inserktions-Gebühr:

die vierzeilspaltene Zeile 40 Pf.

Reclamezeit 80 Pf., die ganze Seite

200 Mart.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Die Rede des Herrn von Bennigsen.

Die Rede des Herrn von Bennigsen am letzten Tage der Verhandlungen in der Militaircommission des Reichstages hat nicht nur in der Commission selbst, sondern auch im Lande einen tiefgehenden Eindruck gemacht, weil sie die durch den Verlauf der Commissionsberatungen geschaffene politische Lage in zutreffender Weise klar gestellt hat. Nach diesen eindringlichen Mahnungen und Warnungen, deren Berücksichtigung Niemand in Zweifel zu ziehen vermochte, ist Deutschland jetzt das schwere Geschick bechieden, daß es einer Zeit der ernstesten inneren Kämpfe entgegengeht, deren Ausgang völlig ungewiß ist. Die Ausführungen des Herrn von Bennigsen waren wesentlich dazu bestimmt, die Regierung mit Rücksicht auf die kommenden schweren Gefahren noch in letzter Stunde zu einer Nachgiebigkeit gegen die weit entgegenkommenden Zugeständnisse zu bewegen, indem er ein patentes Bild der durch die Auflösung des Reichstages in diesen Augenblicke entstehenden politischen Zerrüttung entrollte, aber trotzdem wies der Reichstangler die dringende Mahnung höflich in der Form, doch entschieden in der Sache zurück. Und doch hätte die Regierung allen Anlaß gehabt, auf die Warnungen des Führers der gemäßigten Partei zu hören, denn wer könnte es wagen zu behaupten, daß die Schlichterung der kommenden politischen Lage zu pessimistisch aufgefaßt und zu düster ausgefallen sei? Von einer rechten Hoffnung, daß es sich noch vermeiden lasse, den zerrüttenden Kampf heraufzubehämmern, und daß es noch möglich sei, zu einer Verständigung über die notwendige Verstärkung des Heeres als Ersatz für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit zu gelangen, kann kaum noch die Rede sein, nachdem die Regierung ihre Absicht deutlich genug zu erkennen gegeben hat, daß sie die in der Vorlage gestellten Forderungen ungeschwächt aufrecht erhält und es auf eine Kräfteprobe mit dem Reichstage ankommen lassen will. Dieser Entschluß der Regierung ist im höchsten Grade bedauerlich und bedenklich, er vermehrt die lange Reihe der großen politischen Fehler, welche sie in den drei Jahren ihres Daseins nach einander gemacht hat. Bedenkt die Regierung vielleicht darauf, daß der jetzt drohende Conflict einen ähnlichen Ausgang nehmen könnte wie die Kämpfe früherer Zeiten um Militairvorlagen, so dürfte sie sich einer bedauerlichen Täuschung hingeben. Und doch wäre ihre Lage eine verhältnismäßig günstige gewesen, wenn sie im rechten Augenblicke die Umstände benutzte und Strömungen unterstützt hätte, welche zu einer Verständigung und zur Schaffung einer Mehrheit für die hauptsächlichsten Forderungen hätten führen können. Das Hauptprincip der Vorlage, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, ist ein werthvolles Zugeständniß, mit welchem ein langjähriger Wunsch des Volkes erfüllt ist; daß diesem Zugeständniß gegenüber solche von Seiten der Volksvertretung erforderlich waren, darüber herrscht, von den Socialdemokraten abgesehen, Uebereinstimmung. Politisch klug ist es jedenfalls von der Regierung nicht gewesen, daß sie jede Neigung zur Verständigung von vornherein zurückgewiesen und auf der vollständigen Durchföhrung ihres Planes bestanden hat, deren Möglichkeit auch nicht annähernd erwiesen ist. Der Zweipartei innerhalb der freisinnigen Partei ist auch bis zur Entscheidung in der Commission nicht ausgeglichen worden: Herr Singer hat sich der Abstimmung enthalten und Herr Richter hat sich ihr entzogen. Doch das scheint völlig ausgeschlossen, daß der zur Verständigung geneigte Theil der freisinnigen Partei in einem anderen Reichstage mehr bewilligen wird, als er jetzt nachzugeben bereit war. Wenn also der Reichstangler seine Erklärung in der zweiten

Lesung der Commission als das letzte Wort der Regierung betrachtet, so scheint es absolut unmöglich, jemals zur Verständigung zu gelangen. Von einer Naivität in politischen Dingen ohne Gleichen zeugt es, wenn jetzt von conservativer Seite der Vorschlag gemacht wird, daß die Regierung die jetzige Vorlage zurückzieht, im nächsten Herbst dem Reichstage, nachdem die Compensationen abgelehnt sind, eine neue Vorlage auf der Grundlage der dreijährigen Dienstzeit mit einer mäßigen Vermehrung der Präsenzstärke macht. Unklarer kann man über die gegenwärtige Lage in der That nicht sein, als wenn man wirklich daran denkt, daß die Volksvertretung jemals einer Vorlage ihre Zustimmung geben wird, welche die dreijährige Dienstzeit beibehält, nachdem die Möglichkeit ihrer Einführung selbst von den in der Regierung vertretenen militairischen Sachverständigen unter der Voraussetzung gewisser Compensationen zugestanden ist. Der künftige Kampf wird sich niemals mehr um die dreijährige Dienstzeit drehen, er wird nur immer das Maß betreffen, bis zu welchem ein Ersatz für die längere Ausbildung der Truppen gefordert werden muß. Wenn man vielleicht von einigen conservativen Kreisen absieht, so ist das Verlangen nach der zweijährigen Dienstzeit ein so weit verbreitetes, daß sich eine Regierung, wer auch immer an ihrer Spitze stehen möge, sich ihm nicht entziehen kann. Und selbst die Conservativen können sich nicht mehr unbedingt auf die Seite der dreijährigen Dienstzeit stellen; auch sie müssen der allgemeinen Volksstimmung nachgeben. Wenn sie in den letzten Tagen eine andere Haltung eingenommen haben, so war Herr von Bennigsen wohl im Rechte, wenn er den Conservativen vorhielt, daß ihre Annäherung an die Regierungsvorlage gewachsen sei mit der Verringerung der Ausföhrten ihres Zustandekommens.

Herr von Bennigsen hat seine Rede nur zu dem eingestandenem Zwecke gehalten, um die Regierung vor verhängnisvollen Illusionen zu warnen, um die Gründe für ein Nachgeben auf ihrer Seite zu verstärken. Er konnte darauf hinweisen, daß recht starke Regierungen dem Reichstage früher weit mehr nachgegeben haben. Ein besorgter Patriot, aber auch einer der erfahrensten Staatsmänner, wenn nicht gar der erfahrenste aller Deutschen Politiker überhaupt, sprach am Schluß seiner Rede die Besorgniß aus, daß, wenn die Regierung diesmal nicht nachgeben sollte, Deutschland in ganz unabsehbare Conflicte hineintreibt, „so daß es mir zweifelhaft wird, ob wir noch bei unseren Lebzeiten wieder in gesicherte Zustände gelangen können“. Eine Warnung aus solchem Munde sollte doppelt zur Beherzigung dienen, besonders da die Regierung doch in keiner Weise den Anspruch darauf hat, für eine starke zu gelten. In einer solchen Lage muß sich die Regierung klar darüber sein, auf welche Weise sie eine Vorlage von der ungeheuersten Bedeutung nach vielen Richtungen hin durchzubringen gedenkt, aus welchen Parteien sie eine Mehrheit für ihre Pläne bilden und mit welcher Frontstellung sie die große Schlacht schlagen will. Bei der Auflösung des Reichstages im Jahre 1887 war die Situation eine ganz andere. Damals stand Fürst Bismarck noch an der Spitze der Regierung, und er hatte für jede Eventualität einen festen Plan. Damals traten die Cartelparteien vereint auf den Kampfplatz, und das Bündniß der Conservativen und Nationalliberalen, welches für die Aufrechterhaltung der Deutschen Heeresstärke geschlossen war, hatte zur naturgemäßen Folge, daß diese Parteien auch in anderen Fragen, namentlich im Abgeordnetenhaus, zusammengingen. Die Regierung hatte an ihnen nicht nur eine zuverlässige Stütze, sondern sie unterließ auch Alles, was zur Lockerung des Bündnisses hätte beitragen können,

indem sie Dinge zur Entscheidung stellte, welche den immerhin vorhandenen Gegensatz wieder aufleben ließen. Heute ist die Lage eine ganz andere. Von einer starken Regierung zu sprechen, vermöchte auch wohl der verwegenste Optimist nicht, und das Verhältniß der Parteien hat sich seit jener Zeit ganz und gar verschoben. Die conservative Partei hat eine bedenkliche Unwandlung durch die Annahme des Triviotprogramms erfahren; von einem Zusammengehen mit den Mittelparteien würde man am liebsten überhaupt absehen, nachdem seit der Einbringung des Schulgesetzes des Grafen Jelliß die Interessengemeinschaft der Conservativen und des Centrums in allen Kirchen- und Schulfragen so deutlich constatirt ist. Zur Befestigung der politischen Macht des Centrums haben sie jedoch unter dem Segen der Regierung noch in den letzten Tagen im Abgeordnetenhaus ein Wahlgesetz durchgebracht, das eine beispiellose Verengung der nationalliberalen Partei genannt werden muß. Und diesem Wahlgesetz gab man die Zustimmung, obwohl das Centrum gar nicht daran denkt, mit dieser Abschlagszahlung zufrieden zu sein, wenn ihm dadurch auch schon die Herrschaft in allen Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung zufällt. Mit diesem Centrum, dem die Parteiherrschaft über alle anderen Rücksichten geht, schließt man ein auf die Dauer berechnetes Bündniß, in demselben Augenblicke, wo es im Reichstage sich einer ehrlichen Verständigung widersetzt. Wie sollte da die nationalliberale Partei in der Lage sein, der Regierung im Reichstage mehr Zugeständnisse zu machen, als sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage vereinigen läßt? Es bleibt demnach wirklich zu fragen, mit welchen Parteien die Regierung die Militairvorlage durchzubringen gedenkt, da sogar die Conservativen in den wichtigsten wirtschaftlichen Fragen Gegner derselben sind. Wirklichen Nutzen von einer Auflösung werden nur die radicalen Parteien haben; die wirtschaftliche Depression wird deren Ausföhrten nur noch vermehren. Alles geht auseinander, und da sollte die Regierung den Mahnungen und Warnungen eines besorgten Patrioten und erfahrenen Staatsmannes mehr Beachtung schenken, als es der Fall zu sein scheint.

Telegramme.

Wilmshaven, 20. März. (D. B. Hd.) Nennant zur See, Friedrich Wilhelm Herzog von Mecklenburg, tritt an Bord der Kreuzercorvette „Alexandrine“ eine längere Reise nach dem Auslande an.

Weimar, 20. März. (C. T. C.) Der Großfürst Constantin hat heute Mittag seine Reise nach Stuttgart fortgesetzt.

Wien, 20. März. (C. T. C.) Abgeordnetenhaus. Der erste Präsident, Ritter v. Clummedy dankte für seine Wahl, welche um so ehrender für ihn sei, als er nicht von einer einzigen Partei, sondern von verschiedenen Gruppen gewählt worden. Er rufe die Unterstützung aller Parteien an zur Einhaltung eines sachlichen Tones bei den Verhandlungen. Auf die Erörterung von politischen Fragen lasse er sich angesichts der gegenwärtigen politischen Lage nicht ein, er berufe sich auf sein dreißigjähriges öffentliches Wirken und erkläre, er höre auf. Parteimain zu sein und werde die Konsequenzen daraus ziehen, wenn seine Amtsföhrung jemals mit seinen politischen Ueberzeugungen in Collision käme. Clummedy versicherte die Regierung eines lokalen Zusammenwirkens und hoo hervor, daß die Wöfler Oesterreichs auf die staatliche Coexistenz angewiesen seien. Der Präsident gab schließlich dem Wunsch Ausdruck, daß das Mitleiden an den verfassungsmäßigen Grund- sätzen aufreibe und forderte alle Parteien auf zu einem ehrwürdigen Zusammenwirken zum Wohle des theueren Vaterlandes, welches immerdar ein Hort des Friedens nach Innen und nach Außen bleibe. (Anhaltender Beifall und Händelstößen.)